Nummer 152 — Halle, Montag, den 2. Juli 1923 — 58. Jahrgang
Einzelpreis: 500,00 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ✦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugsgebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 14000.00 Mark, durch die Post frei ins Haus zugestellt 14000.00 Mark, in unseren Ausgabestellen abgeholt 13500.00 Mark monatlich. Die zehngespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr 400.00 Mark, im auswärtigen Verkehr 500.00 Mark. Reklamen die Millimeter-Zeile 2000.00 Mark im Ortsverkehr und 2500.00 Mark im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Die Zentrale verbindet mit allen Abteilungen. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugsständigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

England droht mit selbständigem Vorgehen.

Vor einer Entscheidung Baldwins. / Unruhe in Paris. / Drakonische Sperrmaßnahmen. / Vormarsch auf Hagen.

Englischer Druck auf Poincare.

Ankündigung selbständigen Vorgehens.

Heute liegen eine Reihe Nachrichten aus London und Paris vor, aus denen man schließen könnte, daß die Lage der Entscheidung zutreiben. Nachdem die belgische Ministerkrisis nach vielen Fehlschlägen beendet ist, erachtet Baldwin anscheinend den Zeitpunkt für gekommen, wo er sich von Poincaré nicht länger, was die Beantwortung seines Fragebogens anlangt, hinhalten lassen will. Er verlangt eine schriftliche Antwort. Englische Blätter bringen eingehende Betrachtungen über die Lage und lassen dabei die Drohung einfließen, daß, wenn Frankreich weiter die Regelung der Reparationsfrage verschleppt, England mit einer selbständigen Aktion vorgehen werde. Sie betonen dabei, daß England bei diesem Schritt nicht allein vorgehen würde; man werde gemeinsam mit Italien und Japan handeln können, und vielleicht sogar Belgien auf seiner Seite haben. Die Auslassungen beanspruchen um so mehr Beachtung, als sie zweifellos nicht reine Redaktionsarbeiten sind, sondern das Gepräge offiziöser Informationen tragen. Dazu stimmt auch, daß Frankreich sich gerade jetzt durch die Anwendung niederträchtigsten Druckes auf das Ruhrgebiet bemüht, den deutschen Widerstand noch in letzter Stunde zu zerbrechen. Die Abschnürung der besetzten Gebiete wird mit aller Gewissenlosigkeit gehandhabt, wie das bisher in diesem Maße noch nicht geschehen ist. Außerdem gehen die Franzosen daran, ihre Besetzung weiter auszudehnen. Das alles zeigt, wie sehr sie Eile haben, noch auf irgendeine Weise, und sei es mit den Mitteln satanischer Brutalität, einen Erfolg heimzubringen. Inzwischen erhebt die Pariser Presse gegenüber England die ernstesten Vorstellungen, die Reparationsfrage nicht zu überstürzen. Natürlich kann niemand wissen, ob es nicht der französischen Diplomatie, die bisher noch immer gegen England ihr Spiel zu gewinnen verstand, doch noch gelingt, den ungeduldigen englischen Premierminister zu beruhigen und weiter bei seiner Passivität zu erhalten. Von schnellem Optimismus mag sich das deutsche Volk, das ja schon so oft enttäuscht wurde, darum auch diesmal fernhalten. Tatsache bleibt nur, daß die Entwicklung zu einer Entscheidung drängt.

* * *

Englands Geduld zu Ende?

(Eigene Drahtmeldung.)

London, 2. Juli.

Der diplomatische Korrespondent des „Observer" gibt die Stimmung der offiziellen englischen Kreise mit Bezug auf die bevorstehende französische Antwort auf den englischen Fragebogen wie folgt wieder: Es ist ganz gewiß, daß eine mündliche Antwort nicht angenommen werden wird. Man versteht in Frankreich noch nicht, wie nahe die englische Regierung in dieser Angelegenheit am Ende ihrer Geduld angelangt ist. Als Lord Crewe in der letzten Woche mit Poincaré zusammentraf, gab es die bekannte farblose diplomatische Höflichkeit auf und forderte mit etwas gereizter Stimme eine Antwort ohne Verzug. Es steht jetzt fest, daß die englische Regierung nicht aus Kompensationen für die Verweigerung der schriftlichen Antwort einer Begegnung mit Poincaré und Baldwin zustimmen wird. Es werden keine weiteren Verhandlungen mehr zwischen Poincaré und Baldwin stattfinden, bis die französische Regierung sich schriftlich auf die englischen Fragebogen geäußert haben wird. Wenn die französische Regierung sich weigert, eine schriftliche Antwort zu geben, dann darf man sich schon innerhalb der nächsten Tage auf eine bedeutungsvolle Entwicklung der englischen Politik gefaßt machen. Es ist wahrscheinlich, daß die englische Regierung eine offizielle Erklärung über ihren Standpunkt abgeben werde. In dieser Erklärung wird zunächst der an Frankreich gerichtete Fragebogen veröffentlicht werden. Sehr wahrscheinlich wird die Erklärung besagen, daß nach der Auffassung der englischen Regierung die Politik der französischen Regierung direkt zum Ruin Europas führen müsse. Ferner wird gesagt werden, daß die englische Regierung entschlossen sei, den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands zu verhindern. Die letzten deutschen Vorschläge vom 7. Juni sind immer noch nicht beantwortet worden. Die englische Regierung ist entschlossen, darauf zu antworten und mit Deutschland Unterhandlungen darüber anzuknüpfen. Wenn Frankreich sich weigern sollte, daran teilzunehmen, wird die englische Regierung keinen anderen Ausweg mehr haben, als eine Sonderaktion zu eröffnen. Die Methode der unbegrenzten Geduld, die bisher befolgt wurde, gebe den Beweis, daß sie mehr Liebes als Gutes schaffe. Die englische Regierung ist darum entschlossen, es in dieser Woche zu einer Entscheidung mit Frankreich kommen zu lassen.

*

Paris, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der „Petit Parisien" mitteilt, wird der französische Botschafter in London wahrscheinlich schon am Montag auf den englischen Fragebogen antworten. Die Antwort werde mündlich erfolgen. Dies werde zu Schwierigkeiten führen, da die englische Regierung darauf bestehe, daß der schriftliche Fragebogen auch schriftlich beantwortet werden müsse. Die französische Regierung sei aber der Ansicht, die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Pariser und Londoner Kabinett gingen noch zu weit auseinander, so daß die gegenwärtigen Unterhandlungen nur als Vorbereitung angesehen werden könnten. Solange Deutschland Widerstand leiste, sei an eine endgültige Regelung nicht zu denken. Die Mitteilungen des „Observer" über die Stimmen der englischen offiziellen Kreise gegenüber Frankreich haben in der Abendpresse böses Blut gemacht. Das „Journal" erklärt: Wenn die Erklärungen des „Observer" tatsächlich die Meinung des englischen Kabinetts ausdrücken würden, so müsse gesagt werden, daß zwischen Frankreich und England keine Einigung nicht nur in der Ruhrfrage möglich sein werde, sondern überhaupt in irgendwelchen Fragen. Weniger geringschätzig behandelt der „Temps" die Mitteilungen des „Observer". Er widmet ihnen einen vollen Leitartikel. Da der Artikel von diplomatischer Seite geschrieben sein dürfte, müsse angenommen werden, daß die Mitteilungen, die darin enthalten sind, die Stimmung des Foreign Office ausdrücken.

Vormarsch auf Hagen.

(Eigene Drahtmeldung.)

London, 2. Juli.

Westhofen ist heute nacht 4 Uhr besetzt worden. Sie französische Radfahrer sind im Anmarsch auf Schwerte. Sie dürften bereits dort eingetroffen sein. Französische Kavallerie und Infanterie befindet sich im Anmarsch auf Hagen.

*

Hagen, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Bei dem Einmarsch der Franzosen in Westhofen nahmen diese sofort den Amtmann Arndt, den Oberlandjäger, die Oberpostmeister, die Beigeordneten sowie sämtliche Stadträte einschließlich der Sozialdemokraten fest. Weiter wurden verhaftet der Postinspektor, der Bahnhofsvorsteher, Fabrikant Brausen von den Mittelindwerken, bei dem Haussuchungen abgehalten wurden. Ferner der Fabrikant Adolf Borggräfe, der Apotheker Jahn und verschiedene andere Bürger. Das Amtshaus wurde besetzt. Alle Fernsprechleitungen sind durchschnitten worden. Alle Wege von und nach Westhofen sowie die Ruhrbrücken sind durch Posten von vier bis zehn Mann besetzt. Die Straßen Westhofens sind durch spanische Reiter abgesperrt. Die Fabriken von Stahlwaren Brünninghaus & Co., sowie die Schloßfabrik Vogelheide sind besetzt. Weitere vier Fabriken haben den Betrieb stillgelegt. Durch die Besetzung Westhofens ist auch die letzte Eisenbahnverbindung zwischen Münster-Schwerte einerseits und Süddeutschland andererseits von den Franzosen abgeschnitten worden.

Vierzehntägige Grenzsperre.

(Eigene Drahtmeldung.)

Paris, 2. Juli.

Havas berichtet aus Koblenz: Infolge des Eisenbahnunfalles in der belgischen Besatzungszone bei Duisburg hat die interalliierte Rheinlandkommission nach Beratung mit General Degoutte und dem belgischen Oberkommandanten beschlossen, daß folgende Maßnahme im Rheinland und im Ruhrgebiet zur Anwendung gelangt: Die Ueberschreitung der Grenzlinie zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet wird vom 2. Juli Mitternacht ab in beiden Richtungen jedem deutschen Staatsbürger untersagt, wenn es sich nicht um Zwecke der Ernährung oder um besondere Familienereignisse handelt. Diese Entscheidung bleibt 14 Tage in Kraft. Die Bestimmungen über den Transitverkehr werden nicht abgeändert. Die interalliierte Rheinlandkommission hat ferner mit dem Oberkommandierenden des Besatzungsheeres beschlossen, daß in Zukunft in jedem Zug, der in dem besetzten Gebiet verkehre, deutsche Zivilpersonen mitfahren müßten.

*

Ueber den Sinn dieser neuen Gewaltmaßnahmen kann es nur eine Ansicht geben: Die Franzosen wollen, daß die Deutschen nur noch mit den militärischen Bahnen fahren können, um sich so gegen angebliche Attentate zu schützen. Eine Meldung des „Matin" steht voraus, daß unter Umständen der Belagerungszustand im ganzen Rheinland errichtet wird. Aus Brüssel wird gemeldet: Infolge des Attentates (?) gegen einen belgischen Zug in der Nähe von Duisburg hat General Bounin, der belgische Kommandant von Duisburg, beschlossen, unverzüglich folgende Sanktionen anzuordnen: In Duisburg werden 20 Geiseln gefangen genommen. Alle Theater, Gastwirtschaften und Vergnügungslokale werden bis auf weiteres geschlossen. Der Verkehr der Straßenbahnen, Autos und Motorräder wird vollständig untersagt. Die Fußgänger dürfen nur zwischen 5 Uhr morgens und 10 Uhr abends verkehren. Es werden keine Aufenthaltsbescheinigungen in der Stadt Duisburg erteilt. Um Kundgebungen zu verhüten, die als Folge des Attentates (?) in Duisburg für möglich erachtet werden, ist vor der deutschen Botschaft in Brüssel ein Polizeiaufgebot aufgestellt worden.

Freispruch französischer Wüstlinge.

Essen, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das französische Kriegsgericht in Werden, das durch seine drakonischen Urteile bekannt geworden ist, hatte am 28. Juni gegen zwei französische Soldaten zu verhandeln, die unter der Anklage der Notzucht, begangen an einem 15jährigen jungen Mädchen, standen. Das Mädchen konnte in der Verhandlung alle Einzelheiten der Tat auf das genaueste wiedergeben. Die Mutter versicherte, daß ihre Tochter bis zu dem Vorfall unberührt und unschuldig gewesen sei. Das Mädchen konnte seine Aussagen durch ein Attest eines deutschen Arztes bestätigen. Die Angeklagten hatten zu ihrer Verteidigung nichts anzuführen als die Behauptung, sie hätten nur den Versuch gemacht, sich dem Mädchen zu nähern und hätten keine Gewalt angewendet. Trotz des erdrückenden Beweismaterials sprach das Gericht die beiden Wüstlinge frei. Es war dasselbe Gericht, das das Urteil gegen Krupp und seine Direktoren fällte, und auch sonst wegen seiner drakonischen Urteile in der ganzen Umgebung bekannt ist.

Finanzreform.

Die Steuergrundmark als wirksames Mittel.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben: Wir können zurzeit in Deutschland zwei völlig auseinanderlaufende Gesichtspunkte in der Behandlung wirtschaftlicher Rechtsfragen beobachten. Es ist festzustellen, daß im allgemeinen die Bestimmungen unseres Wirtschaftsrechts noch stets die auf Währungsbestand zugeschnittenen Gesetze und deren Ausführung aufrecht erhält, während auf der anderen Seite insbesondere unser Steuerrecht sich nicht nur darum bemüht, sich dem Währungsverfall anzupassen, sondern durch eine gefährliche Systemlosigkeit noch dabei mitwirkt, diesen Währungsverfall zu beschleunigen. Die letzten Beschlüsse des Steuerausschusses des Reichstages in der Vereinfachung der Vorauszahlungen für die Einkommen- und Körperschaftssteuer, die teilweise Aufrechterhaltung des starren Steuersystems bei unseren indirekten Steuergesetzen, die bewußte Aufrechterhaltung einer teilweisen Scheingewinnbesteuerung bei Verabschiedung des Geldentwertungsgesetzes sind hierfür markante Anzeichen. Und wenn man prüft, was der Reichsfinanzminister anläßlich der vor einigen Wochen stattgefundenen großen Steuerdebatte im Reichstag über seine künftigen Steuerpläne gesagt hat und wenn man gleichzeitig auch seine letzten Ausführungen im Steuerausschuß des Reichstages über die Umgestaltung des Vermögenssteuergesetzes betrachtet, so sieht man, daß man im Reichsfinanzministerium immer noch auf dem ergebnislosen und schädlichen Weg fortfahren will, der seit Jahren zum Schaden der Reichsfinanzen und der Wirtschaft beschritten worden ist. Wie grotesk zurzeit die versuchte Anpassung der Steuern an die Geldentwertung wirkt, sieht man zum Teil daraus, daß etwa ein Unternehmen, das nach den Vorschriften des § 33b des Einkommensteuergesetzes berechtigt gewesen ist, mit Rücksicht auf die Geldentwertung in der Steuerbilanz für 1922 eine Absetzung von 10 Millionen Mark vorzunehmen, auf die dann 1 Million Steuer zu zahlen wäre, nunmehr nach der Verfünfundzwanzigfachung der Vorauszahlungen auf diese Rückstellung 25 Millionen Mark Steuer zahlen soll.

Man trifft bei den entscheidenden Instanzen des Reichsfinanzministeriums auf eine völlige Hilfslosigkeit, wenn man ihre Stellungnahme zu den Vorschlägen beobachtet, die seit Jahren immer und immer wieder von demokratischer Seite gemacht worden sind. Auch jetzt muß erneut die Aufmerksamkeit auf diese Vorschläge gelenkt werden, die — wie bekannt — darauf hinzielen, durch Einführung einer Steuergrundmark Veranlagung und Zahlung der Steuern von den Geldwertschwankungen zu befreien und die eine Sicherung dafür bieten können, daß ein auf der Grundmarkrechnung bilanzierender Jahreshaushalt des Reiches in Einnahme und Ausgabe im Gleichgewicht gehalten werden kann, ohne, wie jetzt, von den Geldwertschwankungen überflutet zu werden. Noch immer nicht will man erkennen, daß jene von der öffentlichen Meinung und insbesondere von allen Schichten der Arbeitnehmenden und Nichtbesitzenden scharf angegriffene Umgruppierung der realen Einkommensverhältnisse nicht Schuld bestimmter egoistischer Wirtschaftsgruppen ist, sondern daß es sich hier um einen zwangsläufigen, aus dem Währungsverfall sich ergebenden Vorgang handelt. So lange das Reich zur Erfüllung seiner Verpflichtungen und nicht zuletzt zur Bezahlung seiner großen Beamtenschaft und der großen Beamtenschaft der Länder und Gemeinden nicht aus Einnahmequellen schöpft, sondern zur Befriedigung der erwähnten Bedürfnisse zusätzliche Kaufkraft in den Markt hineinpumpt, werden zwangsläufig stets diejenigen Kreise, die in direktestem Zusammenhang mit der sich darauf aufbauenden Bedarfsdeckung stehen, die Nutznießer dieser zusätzlichen Kaufkraft sein und am schwersten werden stets diejenigen Kreise betroffen werden, die bei der Durchdringung des Verkehrs mit dieser zusätzlichen Kaufkraft erst an letzter Stelle berührt werden. Bei dem Hin- und Herfließen aller wirtschaftlichen Werte im täglichen Tauschverkehr ist es unmöglich, daß dauernd eine bestimmte Schicht erster Nutznießer der Ausgabe der zusätzlichen Kaufkraft ist. Daraus ergibt sich dann jene unsachliche Argumentation, die unser innerpolitisches Leben so schwer vergiftet, mit der die einzelnen Schichten gegenseitig sich der Inflationssteigerung beschuldigen. Die einzelnen Gruppen sehen stets nur den Schaden, den sie durch die Inflation erleiden und den fragwürdigen Nutzen der anderen; übersehen naturgemäß dabei die Wellenbewegungen der Inflationsperiode, in der sie selbst Nutznießer und die anderen die Geschädigten sind.

Doch es handelt sich hier nicht in erster Linie um diese abstrakte Darlegung der Auswirkung der Inflationswirtschaft. Es handelt sich vielmehr darum, zu überlegen, ob wir durch eigene finanzpolitische Maßnahmen zum wenigsten einen erheblichen Teil der gesamtwirtschaftlichen Schädigungen, die aus dem Währungsverfall entstehen, überwinden. Und ganz abgesehen von den engeren, steuerpolitischen Gesichtspunkten kann gesagt werden, daß die demokratische Forderung nach der Steuergrundmark auch einen wesentlichen, festen, allgemeinen finanzwirtschaftlichen Ruchalt mit sich bringt, der dem weiteren Währungsverfall von innen heraus entgegengestellt werden kann. Es hat sich im Sommer vorigen Jahres gezeigt, daß unser Steuersystem in dem Augenblick, wo eine natürliche Beruhigung der Geldwertbewegung eintritt, nicht nur ausreicht, den ordentlichen Haushalt und die Zuschüsse der Betriebsverwaltungen auszuweichen, sondern daß darüber hinaus auch trotz der derzeitigen Unguust der allgemeinen wirtschaftlichen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230702013/fragment/page=0001

Verhältnisse nicht unerhebliche Ueberschüsse zu erzielen waren. Diese Ueberschüsse waren aufrechtzuerhalten, hätte man schon damals das direkte Steuersystem auf der Grundmarkrechnung aufgebaut. Jetzt müssen wir erleben, daß durch grundsätzlich falsche Ausgangspunkte der ganzen Finanzpolitik des Reiches auf der einen Seite der Wirtschaft erhebliche Mittel entzogen werden, auf der anderen Seite aber auch gleichzeitig der Staat gezwungen bleibt, zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zusätzliche Kaufkraft zu schaffen, um damit eine völlig desorganisierende weitere indirekte Steuer von unübersehbaren Ausmaßen der gesamten Wirtschaft aufzuerlegen. Bei der letzten Teuerungsdebatte des Reichstages hat der sozialdemokratische Interpellant den Satz geprägt. Man kann wirtschaftliche Dinge nicht lösen, indem man rein politisch-taktische Moment ausschlaggebend sein läßt. Diesen Satz sollte man mit einer besonderen Widmung in den Arbeitszimmern des Reichsfinanzministeriums und im Sitzungssaal des Steuerausschusses zum Aushang bringen. Aufgabe der nächsten Wochen und Monate muß es sein, hier gründliche und zielsichere Arbeit durchzuführen. Die Demokratische Partei, die es für sich in Anspruch nehmen kann, zuerst den einzigen positiven Weg aus unserem Finanzelend aufgezeigt zu haben, der auch gleichzeitig aus den jetzigen steuerrechtlichen Ungerechtigkeiten herausführen würde, hat die Pflicht, mit aller Energie und ohne Furcht vor politisch-taktischen Konsequenzen, Reichsregierung und Reichstag zu veranlassen, sich endlich zu einer gesunderen Finanzpolitik zu entschließen.

Die Rheinbrücke Duisburg-Hochfeld gesprengt.

Essen, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Duisburg in Essen eintreffende Reisende berichten, daß gestern nacht die große Rheinbrücke Duisburg-Hochfeld in die Luft geflogen sei. Der Verkehr der beschlagnahmten Ruhrkohlen aus dem Ruhrbezirk wurde von der Besatzung seit ausnahmslos über die Brücke geleitet. Ueber Duisburg und Hamborn ist von der Besatzungsbehörde der Belagerungszustand verhängt worden. Der Zug, der die Brücke Duisburg-Hochfeld im Augenblick der Sprengung passierte, war ein Militärtransport. Der stellvertretende Bürgermeister von Duisburg, ein anderer Beigeordneter, verschiedene Parteiführer, der Landgerichtspräsident und andere hervorragende Persönlichkeiten wurden als Geiseln festgenommen. Straßenbahn- und Automobilverkehr sind gänzlich unterbagt. Passierscheine werden nicht mehr ausgegeben. Die Namen der Geiseln sind folgende: Magistratsmitglied Dr. Weitz und Cremers, Regierungsrat Enters, die Oberstaatsanwälte Dr. Bach und Dr. Fuhlsacr, der Landgerichtspräsident Dr. Brand, Führer der Zentrumspartei Dr. Feldhaus und Herausgeber der Rhein- und Ruhrzeitung Lutz. Es wird vermutet, daß auch die übrigen Parteiführer als Geiseln festgenommen werden sollen. Außer den Genannten sind bisher verhaftet worden Polizeimajor Lennartz und Polizeihauptmann Arnold. Bei dem Brückenunglück sind nach den bisherigen Ermittelungen acht belgische Soldaten und zwei deutsche Zivilisten getötet und mehr als 40 Personen verwundet worden.

*

Berlin, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Halbamtlich wird gemeldet: Wie uns zu der Meldung über die Explosion in dem Zuge auf der Linie Duisburg-Friemersheim von unterrichteter Seite aus dem Ruhrgebiet mitgeteilt wird, können bei diesem Vorfall irgendwelche Sabotage- oder Sprengungsakte von deutscher Seite nach Lage der Dinge nicht in Frage kommen, da die Eisenbahnbrücke unter militärischer Bewachung steht. Uebrigens soll nach einer späteren Duisburger Meldung der Agentur Havas das Unglück durch die Explosion eines Gasbehälters verursacht worden sein.

Revision gegen das Mainzer-Mordurteil.

Berlin, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die vom Mainzer Kriegsgericht zum Tode verurteilten sieben Deutschen haben, wie Havas aus Düsseldorf meldet, Revision eingelegt. Nach Eingang der Meldungen über die Mainzer Todesurteile hat die Reichsregierung sofort die erforderlichen Schritte zur Aufklärung des Tatbestandes und zum Schutze der Verurteilten eingeleitet.

*

Von französischer Seite wird über den neuen Justizmord noch folgende tendenziös gefärbte Darstellung verbreitet: Wie der „Petit Parisien" aus Mainz meldet, wurden in der Nacht vom 25. auf 26. Juni in Bodenheim die Bruchstücke einer Schiene in die Mitte einer Weiche getrieben, um dadurch den Schnellzug Wiesbaden-Frankfurt, der um 10 Uhr die betreffende Stelle passieren mußte, zur Entgleisung zu bringen. Angeklagt sind die Deutschen Sasse, Maurer, Gruber, Hahme, Schneider, Meyer, Lauth, Fren, Koegler, die sämtlich beschuldigt werden, Mitglieder einer Rechtsorganisation zu sein, deren Zweck es sein soll, „Sabotageakte" in dem besetzten Gebiet vorzunehmen. Die fünf ersten angeklagten Personen sind beschuldigt, an der „Sabotage" von Bodenheim teilgenommen zu haben. Die Angeklagten sollen zu ihrer Verteidigung ihre mißliche Lage angeführt haben, sowie die Ungewißheit, in der sie sich über die Ziele der Organisation befanden. Sie schieben den größten Teil der Schuld auf einen flüchtigen Kameraden. Der Regierungskommissar hatte acht Todesurteile beantragt. Nach einstimmiger Beratung sprachen die Richter folgendes Urteil aus: Sasse, Maurer, Gruber, Hahme, Schneider Fren, Meyer wurden zum Tode verurteilt, gegen Lauth wurde auf lebenslängliche Zwangsarbeit erkannt, Koegler wurde zu einer Gefängnisstrafe von 5 Jahren und zur Tragung der Kosten verurteilt.

Die Kruppwerke besetzt.

Essen, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Kruppschen Werke sind von den Franzosen teilweise besetzt worden. Bei dem großen Umfang der Anlagen fehlt es noch an genauen Angaben. Ob es sich um eine vorübergehende oder eine dauernde Besetzung handelt, steht noch dahin. Ein großer Teil der Arbeiter konnte heute vormittag wegen der Besetzung nicht zur Arbeitsstätte gelangen.

Eine Bestätigung.

Paris, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Pariser „Daily Mail", von der man oft behauptet, daß sie dem Quai d'Orsay näherstehe als Londoner Informationsbureaus, bestätigt heute in aufsehenerregender Form die Mitteilungen des „Observer", der eine getrennte Aktion Englands in der Ruhrfrage in Aussicht stellt.

*

Brüssel, 2. Juli (Eigene Drahtmeldung.) Theunis hatte gestern eine lange Unterredung mit dem belgischen Vertreter in der Reparationskommission, Delacroix. Der Außenminister hat die Prüfung der von England zewünschten Antwort über die Ruhrbesetzung wieder aufgenommen. Diese Antwort, die angeblich die Haltung Frankreichs vollkommen anerkennen soll, soll Anfang dieser Woche offiziell fertiggestellt werden.

Paris, 2. Juli (Eigene Drahtmeldung.) „Daily Mail" erfährt, daß unabhängig von den Beratungen der englischen Regierung Konservative des Landes auf der einen Seite mit Deutschen, auf der anderen Seite mit Vertretern der französischen Großindustrie verhandelt haben, um eine rein kaufmännische Ordnung der Reparationsschwierigkeiten einzuleiten. In diesen Verhandlungen sollen sich die französischen Vertreter der englischen Auffassung einigermaßen genähert haben.

Rundschreiben des Reichswirtschaftsministers.

Berlin, 1. Juli. Der Reichswirtschaftsminister hat sich an die Regierungen der Länder mit einem Rundschreiben gewandt, in welchem er dringend Maßnahmen zu strengerer Handhabung in der Erteilung von Erlaubnisscheinen (Handelskammerbescheinigungen) zum Devisenankauf empfiehlt. Der Minister verweist auf die preußischen Ausführungsbestimmungen vom 6. Juni d. J. zur Valutaspekulationsverordnung vom 8. Mai d. J. Die Bescheinigung dürfe nur Firmen erteilt werden, die die unbedingte Gewähr dafür bieten, daß sie die Bescheinigung nicht zur Ansammlung von Devisenbeträgen über ihren Bedarf hinaus verwenden. Da die Bescheinigung nur Firmen erteilt werden dürfe, deren Geschäftsbetrieb nachweislich Geschäfte regelmäßig mit sich bringt, an deren Abwicklungen Zahlungen nach dem Auslande notwendig sind, so könne über das Recht und die Pflicht der Handelskammer zur Ausstellung einer solchen Prüfung kein Zweifel sein. Die Einschränkung des Kreises der Firmen, die im Besitz einer Handelskammerbescheinigung sind, werde dadurch erleichtert, daß nach § 11 Abs. 2 der Ausführungsbestimmungen zur Valutaspekulationsverordnung vom 8. Juni 1923 (Reichsgesetzblatt S. 279) die erteilten Handelskammerbescheinigungen mit dem 31. Juli d. J. erlöschen.

Aufschub des Berliner Metallarbeiterstreiks. Die Vermittlungsaktion im Metallarbeiterkonflikt durch den Reichsarbeitsminister hat bisher den Erfolg gehabt, daß der Beginn des Metallarbeiterstreiks, der ursprünglich für Montag zu erwarten war, hinausgeschoben worden ist. Von seiten des Metallarbeiterverbandes sind jedoch heute weitere Maßnahmen ergriffen worden, um den Streik, falls es die Streikleitung für notwendig hält, ausbrechen zu lassen.

Leutnantsmutter Roe freigelassen. Nach einer telegraphischen Benachrichtigung an das Berliner Rote Kreuz ist der schwerverletzte frühere U-Boots-Kommandant Hans Roe von den Franzosen freigelassen worden und befindet sich auf der Fahrt nach Wiedenbrück zu seiner Familie.

Heutiger Stand des Dollars 160400!

Der Boche bezahlt alles.

Mit der Geste des Anklägers ruft Herr Poincare immer wieder in die Welt hinaus, daß Frankreich seinen eigenen Bürgern schon nahezu 100 Milliarden Franken für Kriegsschäden vorgeschossen hätte, die eigentlich Deutschland zu zahlen gehabt hätte, das sich aber böswillig seinen Verpflichtungen entzöge. Was aber sind die Tatsachen? Frankreich lehnte die ihm von Deutschland angebotenen 100 Goldmilliarden für den Wiederaufbau ab. Es lehnte gleichfalls die wiederholten Angebote der deutschen Gewerkschaften ab, durch deutsche Arbeiter die größten Teile der Kriegsgebiete wieder aufzubauen. Die französischen Industriellen haben länger als ein Jahr die Ratifizierung des Wiesbadener Abkommens, das die Belieferung der zerstörten Gebiete mit Material zum Wiederaufbau bezwecke, hintertrieben. Deutschland bot 40 000 Holzhäuser, nicht einmal ein Dutzend nahm Frankreich an. Die französische Industrie wollte sich den Wiederaufbau als gewinnbringendes Geschäft für Jahrzehnte sichern und die französische Politik die „offene Wunde" möglichst lange erhalten.

Ueber die Art und Weise, wie Frankreich von sich aus den Wiederaufbau betreibt, um Deutschland 100 Milliarden zu Lasten seines Reparationskonto schreiben zu können, macht der Pariser Korrespondent der englischen Wirtschaftszeitschrift „The Statist" interessante Mitteilungen, die völlig mit dem übereinstimmen, was Deutschland und neutrale Beobachter bereits des öfteren festgestellt haben. In „The Statist" heißt es:

„Offensichtlich hat die Art und Weise, wie Frankreich die Reparationsansprüche seiner eigenen Bürger behandelt hat, die Rechnung zu ungeheuerer Größe anschwellen lassen. Hier einige Beispiele, die zur persönlichen Kenntnis des Schreibers gelangt sind und für deren völlige Richtigkeit er sich verbürgt. Ein Herr, den der Verfasser kennt, kaufte einige Jahre vor dem Kriege in Villers-Brettonneux, einige Meilen von Amiens, ein geräumiges Blockhaus und einen großen Garten für 18 000 Franken. Das Haus wurde bei dem deutschen Vormarsch vom März 1918 zerstört. Der Eigentümer erhielt für die Ausgaben des Wiederaufbaues von der Commission Cantonale, die mit der Feststellung der Schäden beauftragt ist, rund 150 000 Franken. Die Folge ist, daß der Besitzer, ein einfacher Mann, den Bauunternehmern gestatten muße, ein neues Haus zu bauen, das viel größer ist, als er sich je geträumt hat. In einem Dorf im Bezirk von Doullens kennt der Korrespondent persönlich einen Landarbeiter, der vor dem Kriege niemals mehr als 3 Franken täglich erhielt. Dieser bekam kürzlich von der Regierung als Entschädigung für verlorene Arbeitszeit während der Vertreibung durch die kriegerischen Ereignisse 40 000 Franken, obgleich er während der erzwungenen Abwesenheit von seinem Heimatsdorf ohne Schwierigkeit mehr verdiente als zu Hause. Diese Summe wurde ihm neben der ihm für Wiederaufbauzwecke zugestandenen Entschädigung ausgezahlt. Im Fall einer Zuckerfabrik, die ungefähr 15 Meilen von Sainte Juste, auf der Linie zwischen Paris und Boulogne, liegt, wurden 3 Millionen Franken für die teilweise Zerstörung von Gebäuden durch Granatfeuer zugestanden. Diese Gebäude hatte der Eigentümer zu Beginn des Jahres 1914 für 250 000 Franken vergeblich zum Verkaufe angeboten. Eine gerichtliche Untersuchung wurde in diesem besonderen Falle von Amtswegen angeordnet; aber ich weiß nicht, ob die Sache irgendwie vorwärts gekommen ist. Bei Tausenden von solchen Fällen verschwenderischer Ausgaben ist es kein Wunder, daß die französischen Minister angeben können, Frankreich habe nahezu 100 Milliarden Franken seinen eigenen Bürgern für Kriegsschäden vorgeschossen, die auf das Konto der deutschen Reparationen zu setzen wären."

Wenn also Herr Poincare immer wieder behauptet, daß Frankreich sich ruiniere, weil Deutschland nicht zahle, so ist das eine plumpe Irreführung der Welt, denn die verschwenderischen Ausgaben Frankreichs an seine Bürger fließen zum großen Teil in seine Kassen zurück, da die Spareinlagen der so reichlich beschenkten französischen Staatsbürger zu neunzehntel in französischen Staatspapieren erfolgen. Deutschland ist bereit, bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit Reparationszahlungen zu leisten, aber die in Erwartung der deutschen Milliarden getriebene französische Verschwendung übersteigt seine Leistungsfähigkeit, und so muß das leichtsinnige „le boche payera tous" für Frankreich notwendig zu einer bitteren Enttäuschung führen.

Stadttheater.

Götterdämmerung.

Gleichsam als öffentliche Hauptprobe zu den bevorstehenden Festspielen gelangte die Götterdämmerung zur Aufführung. Ein ungeheurer Aufwand von Arbeit ist erforderlich, um diese gewaltige Tragödie des Nibelungenliedes bis in die letzte Einzelheit vollendet zu gestalten, ein Ziel, das überhaupt nur in Ausnahmefällen erreichbar ist. Beginnen wir mit dem musikalischen Teil, so gelang es Kapellmeister Oscar Braun, einen Begriff von der Größe des Werkes zu geben. Er zeigte sich auch hier wieder als sicherer Führer, der den umfangreichen Klangapparat seines Orchesters bis zum letzten Choristen beherrschte und zu einheitlicher Beeinflussung zusammenschmolz. In bedeutsamer aber auch, daß die Behandlung des Orchesters hier eine andre Einstellung erfordert, als etwa eine große Oper Meyerbeers. Die Stellen, wo es darauf ankommt, durch die Wucht und den Glanz des Klanges an sich zu wirken, sind trotz der gesteigerten Anforderungen an den Instrumentalkörper in der Minderzahl. Als Wagner die Götterdämmerung komponierte, war er durch den Tristan zu einem Stil gelangt, der die höchste Verfeinerung seiner schon vorher entdeckten harmonisch-kontrapunktischen Schreibweise bedeutete. Eine der Hauptaufgaben des Dirigenten ist es daher, die kunstvolle Struktur der Stimmen in der die Themen in Verflechtungen von oft erstaunlicher Kühnheit erscheinen, so zum lebendigen Klang werden zu lassen, daß sie dem Hörer, der Ohren hat zu hören, deutlich ins Bewußtsein treten. Und in diesem Punkte liegt die Ausführung noch Mängel offen. Das verstärkte Stadttheaterorchester entwickelte vielfach noch einen zu massigen Klang, in welchem die wichtige Zeichnung der Linie verloren ging, und zum mindesten sollten offenkundige Unsauberkeiten oder gar falsche Noten ausgetilgt werden.

In der Inszenierung wartete August Roesler mit teilweise sehr glücklichen Einfällen auf. Am schönsten in der Stimmung getroffen war die Waldgegend am Rhein, zu in Anordnung und Beleuchtung wundervolles Bild. Sehr geschickt war die Rotnenszene gehalten. Allerdings im hellen Lichte des Tages wirkte die rechte Hälfte der Bühne, das Felsengemach, etwas zusammengestückelt aus zu vielen Kleinigkeiten. Das Schmerzgestöhnd der Walkürenverzauchzt wird stets der Schluß bilden. Daß man hier von früher üblichen Kunststücken, die doch nur lächerlich wirken, jetzt ganz absieht, ist selbstverständlich. Aber wenigstens das wirklich Wesentliche, soweit es zum Verständnis erforderlich ist, dürfte m. E. nicht übergangen werden. Eine Andeutung der von den Flammen zerstörten Götterburg, deren Nichtbemachung erst den Sinn der Vorgänge deutlich macht, müßte ich ohne Schwierigkeit ermöglichen lassen.

Der Chor der Mannen hätte an dem aufsteigenden Weg vor der Halle Gelegenheit gehabt zu wirkungsvollen Gruppierungen, aber sie blieb ungenützt. Auch sonst konnte er nicht gerade zur Begeisterung stimmen. Von dem „edlen" Roß Grane läßt uns schweigen.

Hans Waldburg vermag in der Rolle des jungen Siegfried des vorausgehenden Dramas, wo er seine ungestüme Kraft zur Geltung bringen kann, stärker zu überzeugen. Willi Sonnen glückte es, der an sich mitzuflüchten Figur Gunthers sympathische Züge abzugewinnen. Die Rolle Hagens gehört nicht zu den, die Cornelius Bardes Stärke ausmachen. Die Gefühlsfigkeit seiner Stimme in der oberen Lage macht sich hier mit beinahe lächerlich bemerkbar. Ein Hagen, der mehr Biedermann als Bösewicht etwas höhlen Prinzips scheint. Weit besser brachte Karl Zimmermann-Alberich diesen Zug zum Ausdruck. Die weiblichen Hauptpartien waren recht günstig vertreten. Brünnhilde, die eigentliche Heldin des Dramas, die Wotans-Willen vollendend erfüllt, durch Maria Güngel-Dworski in erhabener Größe gestaltet und Gutrune, das liebende Weib, in schlicht-rührender Art durch Hilde Bok. Die beiden Terzette, die Rheintöchter mit Elisabeth Schwarz, Bruno Engehardt und Charlotte Böcker, die Nornen mit Martha Seeliger, C. Böcker und Hertha Reinecke, fügten sich mit gutem Gelingen der Handlung ein. In der Erzählung der Waltraute bewährte sich Henriette Bähmer als Künstlerin von Gestaltungsvermögen.

Dr. H. Kleemann.

*

Eine Nacht in Venedig.

Nach mancherlei Hindernissen wurde uns nun doch endlich das Vergnügen zuteil, die ersehnte Nacht in Venedig zu erleben. Es hat immer seinen Reiz, eine Operette des edlen Johann Strauß wiederauszugeben, und selbst wenn sie ist nicht mit seiner Meisteroperette, der Fledermaus, die eben nur ein einziges Mal existiert, messen kann, so wird doch meist der Gewinn immer noch größer sein, als bei einer auf den groben Effekt berechneten Neuerschinung auf diesem Gebiet. Verglichen mit der Fledermaus, kann diese venezianische Nacht vor allem im Hinblick auf die Handlung nicht gerade als stark bezeichnet werden, aber sie erfüllt den Zweck, zu amüsieren, ausgezeichnet, und musikalisch enthält sie Partien, die der Fledermaus nicht nachstehen. Der zweite Akt verrät in der musikalischen Erfindung und Durchführung den unverkennbaren Altmeister der Wiener Operette. Den Hauptinhalt des Geschehens bildet ein ulkiges Quiproquo, das immer Erfolg verspricht, ein Durcheinander von drei Frauen, woraus sich natürlich die schönsten Verwicklungen ergeben. Der auf Liebesabenteuer ausgehende Herzog will sich durch Mithilfe seines Hofbarbiers eine Senatorsgattin zu einer verschwiegenen Stunde einladen, der im übrigen nicht durch Intelligenz überlastete Senator will ihm dafür die Zofe als Vertreterin schicken, und der Barbier als ausführendes Organ bringt ihm schließlich, seinen Irrtum zu spät bemerkend, seine eigne Braut, während unterdessen die richtige Senatorsgattin sich mit ihrem Neffen irgendwo verlustiert, aus dessen Händen am Schluß der Senator voller Rührung die „Gerettete" empfängt. Nur der Herzog ist schließlich in wenig blamiert. Das alles spielt sich im buntbewegten Treiben des Karnevals in Venedig ab, und die Regie, die bei Richard Heller in bester Hand lag, hatte dafür gesorgt, durch originelle Einfälle dies in aller Farbenpracht lebendig werden zu lassen. Da herrschte wirklich Leben, der Chor beteiligte sich hier, wo er sich gelegentlich übertreibend austoben konnte, aktiv und es schien, als hätten die Aussen, die sich vor kurzem hier mit ihrer exzentrischen Operette vorstellten, schon etwas Schule gemacht.

Kapellmeister Leo Schönbach steuerte mit kundiger Hand das Orchesterschiff durch die Lagunen. Hier und da könnte er noch ein paar kräftige Lichter aufsetzen, ein wenig übertreiben, ein gefühlloses Wiener Glissando, ein schmachtendes Ritardando aufringen und noch kräftigere rhythmische Gegensätze herausarbeiten. Aber im Ganzen brachte er für das Wienertum den rechten Ton.

Die Besetzung der Solorollen war sehr gut. Georg Winter verstand zwar nicht viel vom Kunstgesang, aber er gab den Herzog mit kavaliermäßigen Formen und als siegesicherer Don Juan. Sein erkorenes Opfer Barbara, die Gattin des Senators Delacqua, spielte Olga Georg mit Temperament. Die weiblichen Hauptrollen sind Annina, die Braut des Barbiers und Cibeletta des Maccaroni-Kochs Erwähnte. Charlotte Böcker und Else Herzog zeichneten sie mit Rasse. Ein paar glänzende Typen schufen Richard Helling als Koch Pappacoda und Heinz. Tessmer als Barbier Caramello, setzterer auch als Sänger wieder ausgezeichnet. Endlich verdienen die beiden Solotauben, Hertha Reinecke und Martha Seeliger mit besonderer Anerkennung genannt zu werden. Alles in allem, ein recht unterhaltender Abend, wenn man es verstand, sich auf den witzigen Unsinn einzustellen und in der richtigen Voraussetzung kam, sich einmal nur amüsieren zu wollen

Dr. H. Kleemann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230702013/fragment/page=0002